

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/128

9. Juli 1971

Schindluder mit der Verfassung getrieben!

Die CDU/CSU-Länder und das Städtebauförderungsgesetz

Von Horst Krockert SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Schule: Ort der Langeweile

Alarmierende Hearings-Ergebnisse des Europarats-Kulturausschusses

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB  
Stellv. Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Seite 3 und 4 / 97 Zeilen

Wochenend-Glosse des SPD-Pressedienstes

Liegt Kassel in der DDR?

Seite 5 / 25 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 3153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 27-38  
Telex: 866 546/866 547  
866 548 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Schindluder mit der Verfassung getrieben!

Die CDU/CSU-Länder und das Städtebauförderungsgesetz

Von Horst Krockert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Die CDU/CSU-regierten Bundesländer haben das wahrgemacht, was der Unionsfraktionschef Dr. Rainer Barzel schon im Bundestag unverhohlen gedroht hatte: Mit ihrer Ablehnung des Städtebauförderungsgesetzes haben sie den Bundesrat - ohne jede Rücksicht auf seinen Charakter als Ländervertretung - zum ferngesteuerten Instrument einer sinnlosen Obstruktionspolitik degradieren lassen.

Dr. Barzels Ankündigung, während der zweiten Lesung des Gesetzes ohne Scheu vor dem gesamten Plenum des Bundestages vorgebracht, wurde nicht nur von seinen politischen Kontrahenten, sondern auch in der Öffentlichkeit als hemmungsloser Erpressungsversuch verstanden. Es war gut und richtig, daß die Koalitionsfraktionen davor nicht zurückgewichen sind. Und es mußte vor aller Augen deutlich werden, wie weit die Opposition zum Schaden unserer parlamentarischen Organe zu handeln bereit gewillt ist.

Anders als "Obstruktion" läßt sich das Verhalten der Unionsparteien zum Städtebauförderungsgesetz beim besten Willen nicht bezeichnen. Das Gesetz soll und muß den Gemeinden ihre schwere Aufgabe erleichtern, die Zukunft der Städte und Dörfer zum Wohle aller zu sichern. Dieser angeblich auch von ihnen geteilten Zielsetzung führen die Christdemokraten mit "eigentumspolitischen" Forderungen in die Quere, die an Kümmerlichkeit des positiven Effekts ihresgleichen suchen, die aber den Gemeinden erhebliche Klötze in den Weg legen würden. So ist es der Opposition schon in der Bundestagsdebatte nicht gelungen, der Öffentlichkeit ihre Gründe für die Ablehnung des Gesetzes verständlich zu machen. Unwiderlegt blieb die Feststellung des Koalitionssprechers: Die beiden zu "unverzichtbaren Forderungen" hochgespielten Abänderungs-

anträge zu §§ 25 und 54 "helfen niemandem und schützen nichts, sie dienen keinem berechtigten privaten Interesse, beeinträchtigen dagegen das öffentliche Interesse". Einer Anzahl von CDU-Abgeordneten war denn auch nicht wohl in ihrer Haut: Sie machten die theatralische Ablehnung des Gesetzes nicht mit, sondern enthielten sich der Stimme - darunter auch der Vorsitzende des federführenden Ausschusses für Städtebau Josef Mick.

Mit dem gleichen polemisch-dramatisierenden Pathos ("Rettet das private Eigentum vor der Kommunalisierung!") wollen aber auch die CDU-regierten Länder das Gesetz zu Fall bringen. Endgültig? Wagen sie es wirklich, die traurige Rolle der Obstruktionsfuchtel bis zum bitteren Ende durchzuhalten? Hier ist die sinnlose Obstruktion noch offenkundiger, denn die beiden strittigen Punkte berühren kein Länderinteresse. Folgerichtig hatten die zuständigen Bundesrats-Fachausschüsse ihrem Plenum auch empfohlen, dem Gesetz zuzustimmen!

Gewiß steht nirgends geschrieben, daß der Bundesrat die Gesetze ausschließlich im Hinblick auf die Länderinteressen zu behandeln hätte. Wo aber mit so dürftigen Karten so hoch gespielt wird, stellt sich unabweislich die Frage, ob unsere föderalistische Verfassung ernst genommen oder ob damit Schindluder getrieben wird.

Die Öffentlichkeit wird dieses verkrampte Schauspiel nicht mit Beifall quittieren. Darin dürften die CDU/CSU-Regisseure sich völlig verrechnet haben. (-/wr/9.7.1971/bgy)

+ + +

Schule: Ort der Langeweile  
-----

Alarmierende Hearings-Ergebnisse des Europarats-Kulturausschusses

Von Georg Kahn-Ackermann SPD-MdB

Stellv. Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

In einer besonders ergebnisreichen Sommersitzung hat sich der Europarats-Ausschuß für Erziehung und Kultur im italienischen Salerno mit dem Stand, den Möglichkeiten und den wünschenswerten Zielen der Bildungsreform in den Mitgliedsstaaten des Europarats beschäftigt. Zwei Tage lang berichteten Experten aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien. Einigkeit herrschte darüber, daß die gegenwärtig überall angestrebte Verbesserung der Chancengleichheit der Kinder zur vollen Ausschöpfung ihrer Begabungen und ihrer Artikulationsfähigkeit nur durch eine generelle Vorschulerziehung zwischen dem zweiten und dem fünften Lebensjahr erreicht werden könne. Versäumnisse der in der modernen industriellen Gesellschaft oft nicht mehr voll funktionsfähigen "Familienerziehung" ließen sich später nicht bei allen Menschen korrigieren.

Darüber hinaus drängten, so wurde betont, die gegenwärtig im demokratischen Europa vorherrschenden Bildungssysteme die Jugendlichen in eine Isolation. Das Erziehungswesen stünde vor allem deswegen vor einer grundsätzlichen neuen Situation, weil es nicht mehr wie bisher auf der Basis bisher geltender und gesichert scheinender Gesellschaftsordnungen und einer relativ statistischen Umwelt für die Zukunft vorbereiten könne. Dazu trete der wachsende Autoritätsverlust von Eltern und Erziehern, eine Folge der Tatsache, daß Kinder und Schüler immer öfter erfahren, daß nicht alles zutreffend sei, was im Elternhaus und in der Schule behauptet wird. Aufrichtige Eltern und Lehrer stellten ihre Autorität zudem selbst in Frage, weil sie ehrlich zugäben, daß sie nicht alle Antworten auf die Fragen der Bedingungen einer sich rasch ändernden Welt kennen. Der belgische Ministerialdirektor Marcel Hicter wies darüber hinaus darauf hin, daß Schüler gegenwärtig mehr durch die Massenmedien über die Welt erfahren als durch die Schule, was die Schule zunehmend zu einem Ort der Langeweile mache. Es herrsche zwar allgemeines Einverständnis, daß Schüler ihre Lehrer nicht kritisieren dürften, aber dieselbe Gesellschaft nehme es als gegeben hin, daß 50 vH. der Bewertung von Schule und Lehrern durch die Eltern einzig und allein vom Urteil ihrer Kinder geprägt sei.

Die meisten Experten setzten sich für eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schülern und Lehrern ein, sie meinten aber auch Politik und Gesellschaft müsse ein stärkerer Einfluß auf die Schule eingeräumt werden. In diesem Zusammenhang wies der Direktor der pädagogischen Fakultät der Universität Oxford, Prof. Dr. Peterson, auf die grundsätzlich konservative Grundhaltung der europäischen Lehrerschaft in Bildungsfragen hin, die durch die Haltung der Schuldirektoren gefördert werde, die ihren jungen Lehrern zu sagen pflegten: "Vergessen Sie alles, was Sie in der Lehrerbildung gelernt haben, hier machen wie das so...!"

Peterson hatte zuvor in seinem Bericht erwähnt, daß die Schule der demokratischen Gesellschaft an dem Phänomen vorübergegangen sei, daß in der Industriegesellschaft die Verteilung der Güter ein weit wichtigerer Faktor als ihre Produktion geworden sei. Auch er forderte eine völlige Reorientierung der Erziehung der zwölf- bis 16jährigen.

Hohe Beamte aus dem französischen Erziehungsministerium ergänzten die umfassenden Analysen und Berichte besonders in der Richtung auf den Mangel eines an den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Gesellschaft orientierten Beitrags der Schule zur Berufswahl und den Mangel an technologischer Ausbildung im allgemeinbildenden Schulwesen. Franzosen und Schweizer wiesen allerdings die anwesenden Politiker, darunter zahlreiche Vorsitzende der Bildungsausschüsse aus den nationalen EWG-Parlamenten, darauf hin, daß die Kosten für ein alle diese Wünsche berücksichtigendes perfektes Bildungs- und Ausbildungswesen selbst die Möglichkeiten reicher Industrienationen bei weitem überschritten. Die Politiker würden sich auf Kompromisse konzentrieren müssen, die den allerwichtigsten Prioritäten einigermaßen Rechnung trügen. Und selbst dann würden, so wurde gewarnt, die Möglichkeiten in vielen Teilen des demokratischen Europa noch sehr begrenzt sein.

Der Europarats-Ausschuß für Kultur und Erziehung wird die Ergebnisse dieser Anhörung mit Beiträgen aus Deutschland, Frankreich, England, den Niederlanden, der Schweiz, Belgien, Schweden und Dänemark und die nachfolgende kritische Erörterung an der sich auf deutscher Seite unter anderem als Vertreter des Bundesrates der Kultusminister von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Hahn, beteiligte, so bald wie möglich allen siebzehn Parlamenten der Europarats-Mitglieder zugänglich machen. Der Ausschuß beschloß ferner, auf der nächsten Vollsitzung der Beratenden Versammlung die Erarbeitung eines umfassenden Berichtes über die Lage der Schriftsteller, der Verleger und des Buchhandels sowie über die Urheberrechte in den 17 Mitgliedstaaten zu beantragen, um 1972, dem von der UNESCO proklamierten "Jahr des Buches", einen eigenen aktuellen politischen Beitrag liefern zu können. Die Abgeordneten gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß der Wandel im europäischen Verlagswesen und Buchhandel die Vielfalt der Freiheit der Meinungsäußerung gefährde und die Lage der Schriftsteller materiell und sozial bedinträchtige. Im Übrigen müsse das sich zersplitternde Urheberrecht an den progressivsten Möglichkeiten für alle siebzehn Mitgliedstaaten des Europarats orientiert werden.

In diesem Zusammenhang mag erwähnt sein, daß nahezu alle Experten beim Bildungshearing des Ausschusses auf die wachsende Vernachlässigung der Erziehung zum Lesen und die Bedeutung des Buchs im Bildungsprozeß hingewiesen hatten. Ein deutscher Abgeordneter bemerkte dazu, daß im Bildungsbericht der Bundesregierung 1970 - der an alle Tagungsteilnehmer verteilt worden war - das Wort "Buch" nicht ein einziges Mal erwähnt worden sei.

(-/er/9.7.1971/bgy)

+ + +

Wochenend-Glosse des SPD-Pressedienstes

Liegt Kassel in der DDR?

Dresden liegt in der CSSR und Frankfurt/Oder in Polen?  
Warum eigentlich nicht, wenn der CSU-Dienst "Bonner Kontakte/Informationen der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag" Kassel in die DDR verpflanzt?!

Es sei ja gern zugegeben, daß es aus der Sicht des CSU-Landesgruppenvorsitzenden etwas schwierig ist, die grenznahen Oststädte der Bundesrepublik geographisch und damit politisch richtig einzuordnen - aber vielleicht zieht Richard Stücklen seinen Fraktionskollegen Dr. Werner Marx von der CDU zu Rate, der bekanntlich Geographie studiert hat.

Es ist nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn Herr Stücklen als Delegationsleiter - wir nehmen es als Modellfall nur einmal an - nach Kassel gefahren wäre, um mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph zu konferieren. Gewiß hätte er erst einmal in Ostberlin ein Visum beantragt, um dort in Erfahrung zu bringen, daß Kassel eigentlich in der Bundesrepublik liegt.

Wie lautet nämlich der ominöse Satz, auf den sich der Chronist beruft, wenn er solches schreibt? In dem CSU-Dienst schreibt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Bundesminister a.D. Richard Stücklen MdB, unter der Überschrift "Postvertrag mit Ostberlin muß auf den Tisch" den folgenschweren Satz: "35 Pfennige muß künftig in Erfurt und Kassel jeder bezahlen, der einen Brief nach Frankfurt/Main schreibt..."

So billig erhält also die DDR die Stadt Kassel zugesprochen. Wirklich: Billiger geht es nicht...!

Walter Hohn

(-)